

SCHLECKER NUR EIN EINZELFALL?

so stellt es sich dar, wenn wir die Reaktionen der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen betrachten.

Die Leiharbeit wurde seinerzeit eingeführt, um Spitzen beim Personalbedarf zur Überbrückung abzudecken.

Doch leider ist so gut wie nichts mit der Zulassung der Leiharbeit erreicht worden. Denn diese ursprünglich gute beschaffungspolitische Maßnahme wird überwiegend dazu missbraucht, um auf der einen Seite die Stammbeschaftungen abzubauen, um sie dann auf der anderen Seite mit billigen Leiharbeitsverhältnissen auszutauschen.

Nur noch 60% der Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland haben eine solide und mittelfristige Absicherung.

40% der Arbeitnehmer/innen sind in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt, außerhalb der einzelnen Tarifbereiche zu Billiglöhnen, zum größten Teil als „Aufstocker“.

Auf Kosten der Steuerzahler und der betroffenen ArbeitnehmerInnen erzielen Unternehmen wie Schlecker und viele Andere erhebliche Gewinne.

Wir hoffen, dass die konservativ-liberale Regierung - gemeinsam mit allen gesellschaftsrelevanten Gruppen unserer Gesellschaft - diese volkswirtschaftlich schädlichen und unwürdigen Zustände schnellstens abschafft.

Dazu gehört eine klare gesetzliche Regelung, die jeden Missbrauch nicht nur verhindert sondern auch bestraft.

Wir, die Evangelische Arbeitnehmer Bewegung NRW e.V., fordern darüber hinaus die Evangelische Kirche auf, klar und deutlich gegen den Missbrauch bei der Leiharbeit Stellung zu beziehen.

Werner Künkler